Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich frei Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 14.—, vierteljährl. M. 39.— für Abholer monatl. M. [illegible], Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 15.—, vierteljährlich M. 39.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 15.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.50, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7594. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 522 — Montag, den 8. November — 1920

Weitere Hinausschiebung der Genfer Konferenz

Ein Scheinerfolg der Franzosen

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 7. November.

Es bestätigt sich, daß die englische Regierung laut ihrer Antwortnote vom 5. November die Brüsseler Konferenz schon in 14 Tagen abhalten will, die Genfer Konferenz aber um einige Wochen verschieben möchte. Die französische Regierung hat in ihrer gestrigen Note diesem Standpunkt zugestimmt, aber mit der Einschränkung, daß die Genfer Konferenz keinesfalls später als in der ersten Hälfte des Februar 1921 stattfinde. Dieses Datum hat eine kleine Vorgeschichte. Die englische Regierung hat am 5. November den Wunsch ausgesprochen, die Genfer Konferenz erst nach der Abhaltung des Plebiszits in Oberschlesien abzuhalten. Mit dieser Verschiebung ist die französische Regierung durchaus einverstanden, da die Abhaltung der Volksabstimmung im tiefen Winter für die deutschen Stimmberechtigten naturgemäß der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist. Die französische Regierung hat nun aber nur einen Gedanken, nämlich, daß die Abhaltung des Plebiszits in Oberschlesien sich wiederum verzögern könnte. Die französische Regierung hat ein Interesse daran, daß die Genfer Konferenz jedenfalls nicht später als im Februar 1921 stattfindet, weil bekanntlich am 4. März die republikanische Regierung in Amerika ans Ruder kommt. Die französische Regierung fürchtet, und zwar wohl mit Recht, daß von Beginn der neuen Regierungsepoche die amerikanische Politik sich völlig in das amerikanische Schneckenhaus zurückziehen werde, und daß somit von diesem Zeitpunkte an die Isolierung Frankreichs eintreten werde. Immerhin hat die französische Regierung den einen Erfolg zu verzeichnen: entgegen den Abmachungen in Spa wird der Wiedergutmachungsausschuß die ziffernmäßige Höhe der deutschen Entschädigungssumme diktieren können. Lloyd George hat also in diesem Punkte nachgegeben. Nun kommen jedoch mehrere Aber, und infolge dieser Aber dürfte der Erfolg nur scheinbar ein Erfolg sein. In erster Linie wird nämlich die Diktatur des Wiedergutmachungsausschusses dadurch, daß der durch die verbündeten Ministerpräsidenten gebildete Oberste Rat es ist, welcher die Entscheidung der Wiedergutmachungskommission, welche zugleich Richter und Partei ist, mit Zwangsmaßnahmen ausstattet, und da der französische Ministerpräsident in diesem Obersten Rat schon allein von der englischen und italienischen Regierung überstimmt werden dürfte, so ist schon jetzt die Möglichkeit gegeben, daß die Diktatur des Wiedergutmachungsausschusses ohne Macht bleiben kann.

Eine weitere Schranke gegen die Willkür des Wiedergutmachungsausschusses scheint die englische Regierungspolitik in folgendem Umstand finden zu wollen: Die Wiedergutmachungskommission wird als solche durch einzelne Vertreter nur an der Brüsseler Konferenz teilnehmen, an der Genfer Konferenz nimmt sie wiederum als direkter Vertreter der einzelnen Regierungen in Gestalt der einzelnen Finanzminister, worunter sich auch der deutsche befindet, teil. Lloyd George scheint entschlossen zu sein, wie bei den Verhandlungen in Spa über die Kohlenlieferung, eine Beschlußfassung der Genfer Konferenz über die zahlenmäßige Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme nur im Einverständnis und unter ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Vertreter zulassen zu wollen. Nach englischer Auffassung hätte also außerdem diese Feststellung von Zwangsmaßnahmen gewissermaßen nur einen akademischen Charakter, und es wird heute in englischen Kreisen ausdrücklich betont, daß man der jetzigen deutschen Regierung Vertrauen entgegenbringe. Lloyd George wird den sofortigen und gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchsetzen. Dieser Vorschlag ist typisch für Lloyd George. Es ist ein regelrechter Interessenaustausch und entspricht vollkommen seinem hoch entwickelten Sinn für die Kompromisse und für die Schaffung von Ausgleichen. Ob dieser Vorschlag auch der wirtschaftlichen Ohnmacht Deutschlands entsprechen wird, ist eine andere Frage, deren Beantwortung davon abhängt, ob die französische Regierung Deutschland das erwähnte Entgegenkommen ermöglichen wird. Vorläufig kann man daran zweifeln. Denn die vor einigen Tagen übermittelte Meldung, daß Frankreich für sich allein einen Anspruch auf 200 Milliarden Franken geltend machen wird, wird heute aus London bestätigt.

England weist die Klage der Helgoländer zurück

London, 7. November.

Wie die „Morningpost" berichtet, habe die englische Regierung den Helgoländern, die sich auf Grund des Vertrages vom Jahre 1890 an sie gewandt hatten, geantwortet, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ihren Wünschen zu entsprechen.

Englands Zufriedenheit mit der deutschen Vertragserfüllung

(Drahtbericht.)

Paris, 7. November.

Wie der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet, hat Lloyd George in der Konferenz der englischen Delegierten für die Vollversammlung des Völkerbundes am Freitag die Vertreter der Dominions über die verschiedenen Probleme der europäischen Politik unterrichtet, u. a. über das Problem der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. In englischen Kreisen sei man darüber befriedigt, wie Deutschland in den letzten drei Monaten seine Verpflichtungen sowohl bei der Kohlenlieferung als auch bei der Entwaffnung erfüllt habe. Deshalb glaube man, daß Deutschland sich in der Wiedergutmachungsfrage ebenfalls verständigen wolle.

Widerstand Frankreichs gegen die Zerstörung der Dieselmotoren

(Drahtbericht.)

Paris, 7. November.

„Journal" erklärt, nicht Frankreich sei es, das die Zerstörung der Dieselmotoren gefordert oder diese Forderung auch nur unterstützt habe, sondern England allein habe dieses Ansinnen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt geweigert, die englische Ansicht zu unterstützen und habe durchgesetzt, daß ihre Ansicht durchgedrungen sei. Infolgedessen brauchten die deutschen Dieselmotoren nicht zerstört zu werden. Es könne gar nichts schaden, sagt das Blatt, wenn man drüben über dem Rhein wisse, daß die deutsche Industrie es Frankreich zu verdanken habe, daß diese Forderung zurückgezogen worden sei, deren Durchführung eine schwere Schädigung nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Industrie bedeutet hätte. Auch „Intransigeant" teilt mit, es sei beschlossen worden, die deutschen Dieselmotoren nicht zu zerstören.

Frankreich will die militärische Dienstzeit herabsetzen

(Drahtbericht.)

Paris, 7. November.

Dem Ministerrat ist das Gutachten des Landesverteidigungsrates über den Entwurf André Lefèvres zugegangen. Das Gesetz, das den Kammern zwischen dem 15. und 20. November vorgelegt werden soll, vermindert die Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre. Die Umwandlung der 3jährigen in eine 2jährige Dienstzeit wird 2 Jahre in Anspruch nehmen. Der Uebergang zur 18monatigen Dienstzeit wird in Zukunft möglich sein, sobald die äußere Lage wieder normal ist.

Freilassung der Internierten in Rumänien

(Drahtbericht.)

Bukarest, 7. November.

Der Ministerialrat hat die Auflösung der Internierungslager beschlossen. Entlassen werden alle, die in Rumänien geheiratet haben, und jene, die durch Anschluß der neuen Gebiete rumänische Staatsangehörige geworden sind. Die Russen und Ukrainer werden repatriiert, die Ungarn, Deutschen, Bulgaren und Türken ausgewiesen.

London, 7. November.

Das britische Schlachtschiff „Centaur" ist gestern von Konstantinopel nach Odessa in See gegangen. An Bord befinden sich 140 bolschewistische Kriegsgefangene, welche gegen britische Gefangene ausgetauscht werden sollen. Der Austausch wird in Baku stattfinden.

Der Vergleich mit den Hohenzollern

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. November.

Der Rechtsausschuß der preußischen Landesversammlung setzte gestern die Beratung des Vergleichs zwischen dem Staate Preußen u. den Hohenzollern fort. Der Vertreter des Finanzministeriums teilte mit, daß die Verpflichtungen des Staates aus dem Vergleich schätzungsweise 12 Millionen Mark jährlich für die Erhaltung der Bauten, 16 bis 18 Millionen Zuschüsse für ehemals königliche Theater, 13 Millionen für Pensionen und Wartegelder der Hofbeamten betragen würden. Insgesamt werde der Staat aus dem Vergleich eine Belastung von 46 bis 48 Millionen Mark jährlich zu tragen haben. Als dann der Regierungsvertreter streng vertraulich mitteilen wollte, wie hoch das Vermögen der Hohenzollern nach dem Vergleich sich stellen werde, erhob Abgeordneter Oppenhoff (Zentr.) dagegen Einspruch, da solche Mitteilung außenpolitische Gefahren mit sich bringen würde. Hierauf erstattete Prof. Schücking sein Gutachten. Er verneinte, daß die Hohenzollern einen privaten Rechtsanspruch auf die Kronfideikommißrente hätten. Sie müßten nur gemäß § 75 des allgemeinen Landrechtes als Entschädigung so viel erhalten, wie für ein depossitiertes Fürstenhaus nötig sei, um entsprechend seiner Stellung als depossitiertes Haus zu leben. Dieser Anspruch sei unabhängig von dem sonstigen Vermögen des Fürstenhauses. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Luxussteuerfreiheit der Besatzungskosten. Die Besatzungstruppen und ihr Personal sowie die Mitglieder der Rheinlandkommission und ihr Personal genießen Steuerfreiheit für jegliche Kleinhandels-Luxussteuer, d. h. Weinsteuerfreiheit.

Ein vermißter Parlamentarier. Der Erfurter Justizrat Dr. Ludewig wird seit dem 26. September vermißt. Ludewig gehörte als demokratischer Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung an und steht im 79. Lebensjahre.

Hoffnungsschimmer

Von Ehm Welk-Leipzig.

Revolutionen haben die Tendenz (die Geschichte zeigt es), sich zu überschlagen. Da die deutsche Revolution noch nicht zu Ende ist, steht uns also noch eine traurige Zeit bevor. Der Purzelbaum einer staatsumwälzenden Bewegung kann nämlich erst dann eintreten, wenn die radikalste Partei das Ruder ergriffen hat. Das war so bei der großen Französischen Revolution; in unseren Tagen in Ungarn und Bayern; es wird so kommen in Rußland.

Wäre diese Tendenz der Revolutionen nun eine Gewißheit, der man nicht entrinnen kann, die man durchmachen muß, weil es anders keine Möglichkeit gibt, zu ruhigeren Verhältnissen zu gelangen, dann sollte man besser dem unerbittlichen Gang der Ereignisse keine allzu großen Schwierigkeiten machen, so furchtbar dieses Erleben, der Bürgerkrieg, auch ist. Aber die Leute von ganz links und ganz rechts, die solchen Glauben haben, können auch mit geschichtlichen Belegen nicht beweisen, daß es keine andere Entwicklung gibt, wie die über Schreckensherrschaft und Bürgerkrieg. Eine revolutionäre Bewegung kann sich auch totlaufen, sie kann sogar, wenn sie ohne eine große Idee ist, totgeredet werden.

Unsere deutsche Revolution trat ohne eine solche Idee ins Leben, sie hat auch bis heute keine bekommen; ihre Führer waren und sind Parteibeamte kleinen Formats; ihre Träger, das Volk, so zeitgebunden, daß sie eine Lohnbewegung aus ihr machten. Hätten wir nicht die große wirtschaftliche Not, verewigt durch den Versailler Vertrag, das Feuer unter dem Kessel wäre längst erloschen. Das erkennen auch die Nutznießer der Revolution, die Agitatoren und Parteibeamten, und ihr Bestreben, die Wirtschaftslage immer mehr zu verschlechtern, ist deshalb, von ihrem Standpunkt aus, richtig. Glücklicherweise hat eine kluge Politik der Mitte (es teilten sich darin Demokraten, Zentrum, Rechtssozialisten und heute auch die Deutsche Volkspartei) es verstanden, den Zeitforderungen soweit Rechnung zu tragen, daß ein Aufeinanderprallen der Gegensätze ebenso vermieden wurde, wie eine Herrschaft der Extremen. Ja, in den zwei Jahren wurde dem Volke ein guter Anschauungsunterricht gegeben, den Versailles auf der einen und Moskau auf der anderen Seite noch unterstützte. Und wenn auch die Phrasenmaschinen links und rechts weiter donnern, das Volk ist müde geworden. Bescherte uns ein gütiges Geschick eine Milderung der Hungersgefahr, die böse Glut unter der Asche wäre erstickt. Der revolutionäre Geist unserer Umsturzbewegung könnte den Schmalz- und Kartoffeltopf nicht besiegen.

Weil uns diese Kampfmittel fehlen, ist es schließlich überflüssig, dem Wenn und Aber weiter nachzuhängen. Die Gefahrenquelle bleibt vorläufig bestehen; erfreuliche Anzeichen deuten freilich darauf hin, daß einer weiteren Ausdehnung vorgebeugt werden kann. Zwei Jahre lang haben die Hetzer in das Feuer geblasen; sie kochten ihr Süppchen daran, aber das Volk konnte sich nicht einmal wärmen an diesen Flammen. Ein Stück der Staatsbehausung nach dem anderen ging darauf, das Leben wurde trostloser und kälter. Langsam dämmerte da in den Köpfen das Bewußtsein herauf, daß auf diesem Wege wohl kaum eine Besserung erzielt werden kann. Viele wissen das schon, die meisten sind allerdings nur müde geworden, zu glauben. Ob sie aber dem letzten großen Geschrei, daß alles erst in Flammen aufgehen müsse, damit es warm werde, noch einmal Vertrauen schenken werden, ist doch zu bezweifeln.

Als die Parteien der alten Koalitionsregierung das Parteiinteresse hintanstellten und große Opfer dem Gedanken des Ausgleichs brachten, schien das oft ein nutzloses Mühen zu sein. Hatte nicht die Reichstagswahl ergeben, daß das Volk von solcher Politik nichts wissen wollte, durch Stärkung der extremen Linken und Rechten vielmehr zeigte, daß es lieber eine gewaltsame Auseinandersetzung wünsche? Das Wahlergebnis zeigte das schon, aber das beschwatzte Volk hatte so etwas natürlich weder als Effekt, noch als Zweck gewollt. Die Koalition wurde eine andere, die Taktik blieb die gleiche. So bedauerlich es auch ist, daß die alte Sozialdemokratie in die Opposition ging, der Eintritt der Volkspartei in die Regierung war von allergrößtem Werte. Er bewies der Hälfte der Rechten, daß es ohne Opferbringen nicht möglich ist, aus dem Elend herauszukommen. Die alte Sozialdemokratie weiß das, sie hat Opfer gebracht, und das läßt die Erwartung zu, daß sie jetzt nicht der Partei zuliebe das Volksganze gefährden wird. Von ihrer Haltung in der Sozialisierungsfrage hängt es nämlich ab, ob dieses große Blasen ins Feuer das Staatshaus vernichten soll. Werden ihre Führer so verrannt sein, aus Parteipolitik so zu handeln, und wird die Partei so gläubig sein, den Tanz um den Brandherd mitzumachen?

Zwei Erscheinungen im politischen Leben geben Anlaß, mit einiger Hoffnung den kommenden Dingen entgegenzusehen. Die eine ist die allgemeine Müdigkeit der Volksmassen, die andere die wachsende Regsamkeit des Verständigungswillens. Die mehrheitssozialdemokratischen Führer schwören nicht mehr auf die

Wählt am 14. November Deutsch-Demokratisch!

Liste Reinhold-Claus-Jähnig